



BAMS-INTERVIEW – TEIL 2

„Wir werden von Praktikanten regiert“

DER NEUE SPD-CHEF SIGMAR GABRIEL ÜBT SCHARFE KRITIK AN DER SCHWARZ-GELBEN KOALITION UND VERTEIDIGUNGSMINISTER GUTTENBERG

VON MICHAEL BACKHAUS, ROMAN EICHINGER UND ANGELIKA HELLEMANN

20.12.2009 - 00:42 UHR

[Zurück zu Teil 1](#)

Herr Gabriel, Sie sind der zehnte SPD-Vorsitzende seit Willy Brandt. Das ist eine durchschnittliche Verweildauer von zweieinhalb Jahren. Haben Sie vor, länger zu bleiben?

Wenn es nach mir geht, ja. Das hatten aber all meine Vorgänger auch vor. Mir hat ein Sozialdemokrat gesagt, er wünscht sich, dass ich länger bleibe. Ich habe geantwortet: Mein Weihnachtswunsch ist, dass du dir das nächste Jahr Weihnachten immer noch wünschst.

Die SPD befindet sich in der schwersten Krise seit 1945. Warum sind Sie der richtige Vorsitzende jetzt?

Das müssen Sie die Delegierten des Bundesparteitags fragen, die mich mit 94 Prozent gewählt haben. Aber ich glaube, die Stärkung der SPD ist zu schaffen. Wir müssen wieder stärker in der Gesellschaft verankert sein, den Alltag der Menschen besser kennen und dann auch wieder bessere Politik für die Probleme der Leute machen. Die Hoffnung der Partei darf sich aber nicht nur auf eine neue Parteiführung stützen. Aber ich gebe zu: Derzeit bekommen wir viel Hilfe von der CDU/CSU /FDP-Bundesregierung. Diese Regierung verhält sich wie eine Regierung im Praktikum. Wir werden von Praktikanten regiert, die nur ein Thema kennen: ihre Klientel mit Steuergeschenken zu bedienen. Dafür werden derzeit die Staatsfinanzen für Bildung und Arbeit ruiniert.

Sie haben einen unverkrampften Umgang mit der Linkspartei angekündigt. Wann gibt es das erste Gespräch mit Lafontaine?

Wenn Oskar Lafontaine mit mir reden will, wird er sich schon melden, und natürlich rede ich dann mit ihm. Aber ich sehe derzeit keinen Anlass für ein Gespräch. Ehrlich gesagt ist mir die Linkspartei auch egal. Die müssen für sich klären, ob sie regierungsfähig werden wollen. Diese Debatte findet ja gerade zwischen den ostdeutschen Pragmatikern und den westdeutschen Sektierern statt.

Was sind die Folgen des Fast-Scheiterns des Weltklimagipfels von Kopenhagen?

Der Klimawandel wird Millionen Menschen das Leben kosten und zu einer massiven Bedrohung für den Wohlstand auch in Deutschland. Die Europäische Union muss bei ihrem Versprechen bleiben, die CO₂-Emissionen um 30 Prozent zu senken – auch nach dem Scheitern von Kopenhagen. Nur so kann die EU verlorengegangenes Vertrauen zurückgewinnen und möglichst schnell glaubwürdig einen neuen Anlauf für ein verbindliches Abkommen unternehmen.

Wie beurteilen Sie die Rolle Deutschlands?

Auch Deutschland hat bei den Verhandlungen eine unrühmliche Rolle gespielt. Es ist eine Schande für die Bundesrepublik, dass die Bundesregierung die deutschen Mittel zur Armutsbekämpfung mit den Mitteln für den internationalen Klimaschutz verrechnen will. Das haben die Entwicklungsländer sehr wohl registriert. Die Kanzlerin muss zur alten Linie der Großen Koalition zurückkehren: Klimaschutz und Armutsbekämpfung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Deutschland muss bei seinem

40-Prozent-Ziel bleiben. Die Kanzlerin muss diejenigen in Union und FDP in die Schranken weisen, die wie Rüttgers und Brüderle Kopenhagen als billigen Vorwand nehmen wollen, um aus dem Klimaschutz auszusteigen.